



Liebe Leserinnen und Leser,

das politische Berlin gibt derzeit vielerlei Anlass zu Diskussionen. Ja man könnte fast sagen: es passt sich den vergangenen närrischen Tagen an. Klar ist, dass die Union beim Zustandekommen des Koalitionsvertrags einige Federn lassen musste. Dies gilt vielleicht weniger für die Inhalte des Vertrages, sondern vielmehr für die Verteilung der Ressorts. Festzuhalten ist, dass der Verlust des Finanzministeriums aus Sicht der Union und unserer Wählerinnen und Wähler schwer wiegt. Dennoch sollte nicht allein hieran die ganze Regierungsbildung gemessen werden. Die Aufgabe für die Kanzlerin war komplex genug nachdem die Jamaika-Verhandlungen platzen ließ und damit die SPD wieder ins Spiel kam - mit all ihren parteiinternen Kapriolen. Gewiss: Viele wünschen sich nun angesichts des aus ihrer Sicht negativen Verhandlungsergebnisses eine Minderheitsregierung oder gar Neuwahlen. Offen bleibt auf Nachfrage jedoch, wem dies eigentlich nutzen soll. Der Union als Partei, die angeblich zu viel Boden verloren und zu viele ihrer Werte aufgegeben hat - und nun bei einer Neuwahl vermeintlich dazugewinnen soll? Oder Deutschland, das nach einer Neuwahl sicherlich mit gestärkten Rändern im Parlament aber ohne neue Regierungsmehrheiten dastünde? Klar dürfte sein, dass Angela Merkel ihre letzte Amtszeit antritt. Und klar ist auch, dass das neue Kabinett die Überschrift des Koalitionsvertrages "Eine neue Dynamik für Deutschland" auch einlösen muss. Deshalb ist es richtig, dass Angela Merkel nun angekündigt hat, auch auf jüngere Köpfe zu setzen. Unabhängig von der - im Übrigen noch immer offenen - Regierungsbildung muss es in den nächsten Jahren aus meiner Sicht darum gehen, auch Strukturreformen offen zu diskutieren. Das sind insbesondere eine Verkleinerung des Parlaments, eine Verlängerung der Legislaturperiode von 4 auf 5 Jahren und eine Begrenzung der Amtszeit auf höchstens drei, besser noch zwei Amtsperioden - nicht nur für das Kanzleramt, sondern auch für die Ministerien. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Unzufriedenheit mit der Koalitionsvereinbarung am Ende vielleicht sogar in strukturellere Reformen mündet; hieran will ich gerne mitwirken.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

## Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen

**Berlin** – CDU, CSU und SPD haben die Koalitionsverhandlungen, an denen auch ich selbst in der Arbeitsgruppe für Bildung und Forschung beteiligt war, erfolgreich abgeschlossen. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche waren dabei Ausgangspunkt und roter Faden. Bereits fest Vereinbartes haben wir nicht aufgegeben, es wurde nur in Punkten ergänzt und erläutert. Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unser Land weiter voranzubringen und zu modernisieren. Dabei steht das Thema Digitalisierung ganz vorne. Aber auch die Bereiche Sicherheit – innere und soziale –, Infrastruktur, Bildung und Familie stehen im Fokus, wofür wir jetzt den richtigen Rahmen setzen, Planungen beschleunigen und als Bund den Ländern bei der Bewältigung ihrer Aufgaben beistehen wollen. In meinem Bereich Bildung und Forschung können sich die Ergebnisse sehen lassen: Wir werden Paragraf 104c des Grundgesetzes ändern. Bisher ist eine Finanzhilfe des Bundes im Bildungsbereich nur für finanzschwache Kommunen zulässig. Wir werden zusätzliche zwei Milliarden Euro sollen für den Ausbau von Ganztagschulen und für die Betreuung zur Verfügung stellen und zudem einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen. Für eine Bafög-Reform wird es zusätzlich eine Milliarde Euro geben. Insgesamt werden wir ein Bildungs-, Digital- und Forschungspaket mit einem Volumen von zusätzlichen sechs Milliarden Euro schnüren. Der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten zunächst ausgesetzt. Ab 1. August 2018 wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zu-

gelassen. Die genauen Kriterien müssen in einem neuen Gesetzgebungsverfahren noch festgelegt werden. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Im Gegenzug entfällt die Aufnahme von – wie bisher – monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Es gibt damit nicht mehr Zuwanderung nach Deutschland. Das war unser Ziel. Wir haben mit den Sozialdemokraten hart um diese Regelung zur Begrenzung der Zuwanderung gerungen. Mit der Einigung wurde auch eine wichtige Hürde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen. Wir haben unser Regelwerk zur Migration durchgesetzt, weil CDU und CSU geschlossen gehandelt haben. Jetzt müssen nur noch die SPD-Mitglieder zustimmen. Wir wissen, es ist höchste Zeit, dass wir eine stabile Regierung für unser Land bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im Ausland zur Verfügung stehen.

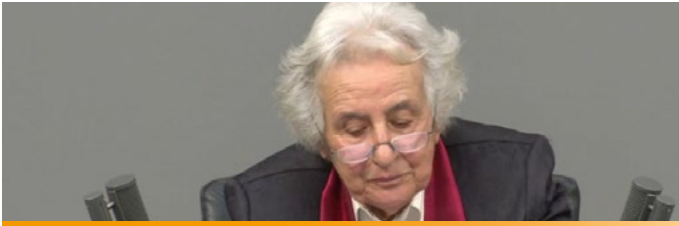


Mit den Staatssekretären Thomas Rachel (links) und Georg Schütte (2.v.r.) sowie CSU-PGF Stefan Müller nach einem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung



## Mitarbeit in der Vesperkirche

**Stuttgart** – Wie jedes Jahr habe ich auch dieses Jahr wieder einen halben Tag bei der Vesperkirche in der Stuttgarter Leonhardskirche mitgeholfen. Und auch dieses Jahr ist festzuhalten, dass uns die große Zahl bedürftiger Menschen in der reichen Stadt Stuttgart nicht kalt und tatenlos lassen kann. Ein großes Kompliment an die Organisatoren von der Evangelische Kirche in Stuttgart und vor allem die zahlreichen Ehrenamtlichen, die jeden Tag dabei sind, sowie die vielen unterstützenden Firmen! Besonders schön ist auch die Idee, Azubis beim Vesperkirchen-Projekt mitmachen zu lassen.



### Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

**Berlin** – Am vorvergangenen Mittwoch fand im Deutschen Bundestag eine bewegende Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble machte in seiner Ansprache deutlich: An Auschwitz scheidet jede Gewissheit. „Als selbstverständlich hinzunehmen, sich gar zu verlassen auf die Beständigkeit etablierter Institutionen – diese Gewissheit kann es nach Auschwitz nicht mehr geben. Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Demokratie brauchen unser Engagement.“ Er mahnte, dass die Erinnerung an das Geschehene auch von jenen ohne persönliche Schuld wachgehalten werden müsse: „Je weiter die Zeit des Nationalsozialismus zurückliegt, desto wichtiger wird die Erinnerung. Weil wir dazu neigen, für selbstverständlich zu halten, was doch die historische

Ausnahme ist: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit“.

Diesem Appell stimmte auch Anita Lasker-Wallfisch, eine der, wie sie selber sagte, „rapide verschwindenden Augenzeugen der damaligen Katastrophe“ zu. Sie betonte, Schuldgefühle seien vollkommen fehl am Platz, es handle sich jetzt um Verantwortung, um Sicherheit, dass so etwas nie, „aber auch nie wieder geschehen kann.“ Prägnant fasste sie zusammen: „Also aufpassen!“. Zu dieser Sichtweise passt, dass sie sagte, ein Schlussstrich könne nicht gezogen werden.

Viel beachtet dann dieser Satz: „Für uns haben sich die Grenzen damals hermetisch geschlossen, und nicht wie hier geöffnet; dank dieser unglaublich generösen, mutigen, menschlichen Geste, die hier gemacht wurde.“

Anita Lasker-Wallfisch erinnerte an die Opfer des Nationalsozialismus, hatte ihren Blick dabei aber immer auf die Zukunft gerichtet: „Hass ist ganz einfach ein Gift. Und letzten Endes vergiftet man sich selbst“. Sie sagte, die Gestaltung der Zukunft liege nun in den Händen der heutigen Generationen, die zwar auf den Pfeilern der etablierten Demokratie aufbauen können, diese aber immer wieder neu mit Leben füllen müssen. Wolfgang Schäuble formulierte es so: „Das Grundgesetz garantiert Rechte; Werte garantieren kann es nicht“.



### Im Paul-Löbe-Haus des Bundestags

**Berlin** – Als Koordinator und Sprecher der „Wilden 13“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte ich Vertreterinnen und Vertreter der LSBTTIQ-Community – genauer vom LSU Bundesverband, vom LSVD Bundesverband, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren und der Bundesvereinigung Trans e.V. – zu den in dieser Legislaturperiode anstehenden queerpolitischen Themen in den Bundestag eingeladen. Es wird absehbar u.a. um die Neufassung des TranssexuellenG, die mögliche Erweiterung des Art. 3 GG, einen Härtefallfonds für nach 175 StGB a.F. Verurteilte und einen bundesweiten Aktionsplan gehen. Danke für das gute und zielführende Gespräch!



### Neujahrsempfang der CDU Gemeinderatsfraktion

**Stuttgart** – Beim Neujahrsempfang der CDU-Fraktion im Stuttgarter Rathaus skizzierte der Daimler-Entwicklungschef Ola Källenius vor rund 600 Gästen aus Politik und Gesellschaft die Zukunft des Automobils als emissionsfreiem, digitalisiertem Alleskönner. Gerne habe ich als Kreisvorsitzender in meinem Schlußwort auf die treibende Rolle der CDU in Stuttgart für die Stadtentwicklung hingewiesen und mehr Dynamik angemahnt. Stuttgart hat alle Chancen – man muss sie nur nutzen!



### Benefiz-Nachmittag des Deutsch-Türkischen-Forums

**Stuttgart** – Benefiz-Nachmittag des Deutsch-Türkischen-Forums zugunsten des Agabey-Abla-Programms – ein Patenschaftsprojekt für Kinder mit türkischem Migrationshintergrund. Eine gute Sache! Nach dem Wegfall eines institutionellen Förderers sucht das Deutsch-Türkische Forum nun neue Sponsoren. Als Kurator unterstütze ich Vorstand und Geschäftsführung gerne in diesem Bemühen.